

Unsere
TOP-Forderungen
für eine bessere
Wirtschaftspolitik!



Positionspapier der **IHK-Vollversammlung**

zur Bundestagswahl 2025



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Einleitung

Deutschland befindet sich in einer ernsten **Wirtschaftskrise**: Hohe Energiekosten, internationale Unsicherheiten, Fachkräftemangel, ein massiver Investitionsstau und lähmende Bürokratie setzen den Unternehmen zunehmend zu – auch am Mittleren Niederrhein. Die Ampel-Regierung ist auch daran gescheitert, dass es ihr nicht gelungen ist, die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Wirtschaft zu verbessern – mehr noch: Diese hat sich in den vergangenen Jahren **verschlechtert**. Unsicherheiten in der Wirtschaft verunsichern die Menschen und schaden dem Vertrauen in die Politik.

Angesichts eines zuletzt steigenden Anteils an Unternehmen, die die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Geschäftsrisiko für den eigenen Betrieb ansehen, fordert die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein die kommende Bundesregierung dazu auf, **die Lage der Unternehmen prioritär in den Fokus** ihres Handelns zu nehmen. Wir brauchen jetzt eine **Legislatur für die Unternehmen**. Nur eine starke und wachsende Wirtschaft sorgt dafür, dass der Staat die notwendigen finanziellen Mittel erhält, um die Herausforderungen der Gesellschaft zu bewältigen.

Ein Aufschwung wird nicht über Nacht gelingen, doch durch zielgerichtete Maßnahmen können wir die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum schaffen. Unsere Unternehmen sind stark. Sie dürfen nur nicht ausgebremst werden. Die neue Bundesregierung ist in der Pflicht, **verlässliche Rahmenbedingungen** zu schaffen und dabei pragmatisch und unternehmerfreundlich vorzugehen. Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, ihre **Innovationskraft** voll auszuschöpfen und sich flexibel auf die Herausforderungen der Zukunft einzustellen. Wirtschaftlicher Aufschwung ist das Ergebnis harter Arbeit, mutiger Entscheidungen und einer engen **Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft**.

Insbesondere die **überbordende Bürokratie**, die **Energieversorgung**, die **Steuerpolitik**, der **Fachkräftemangel** sowie die Folgen des massiven **Investitionsstaus** werden von den Unternehmen immer wieder als Problemfelder benannt. Die folgenden Top-Forderungen sollten daher aus Sicht der Vollversammlung der IHK Mittlerer Niederrhein unbedingt **Bestandteil des nächsten Koalitionsvertrags** sein und kurzfristig von der neuen Bundesregierung angegangen werden.



Elmar te Neues
Präsident der IHK Mittlerer Niederrhein



Jürgen Steinmetz
Hauptgeschäftsführer der IHK Mittlerer Niederrhein

1. Bürokratie abbauen, Betriebe entlasten!

Die Regulierungsflut muss endlich gestoppt werden.

Bei unseren Konjunkturumfragen wird das Thema „Bürokratie“ immer häufiger als Geschäftsrisiko für die kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung benannt. Das bestätigen auch Zahlen des Nationalen Normenkontrollrats. Der jährliche Erfüllungsaufwand ist im Jahr 2024 um mehr als 27 Milliarden Euro höher als im Jahr 2011. Insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen fehlen die Ressourcen, um dieses Übermaß an Bürokratie bewältigen zu können.



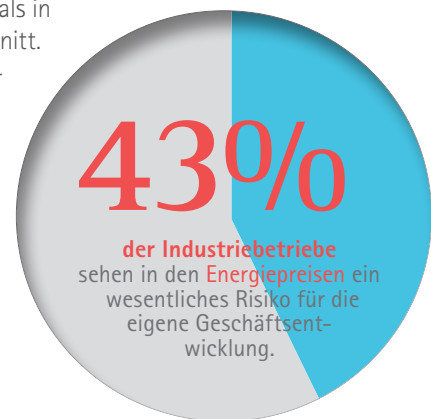
Deswegen fordern wir:

- ▶ *Regulatorische Vorgaben müssen regelmäßig **evaluiert** und doppelte Informations- sowie Berichtspflichten **konsequent abgebaut** werden.*
- ▶ *Um Bürokratie bereits im Vorfeld zu vermeiden, sollten **Praxis-, Digital- und KMU-Checks** frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess integriert werden. Die Wirkungen neuer Regelungen müssen realistischer eingeschätzt werden. Umfassende **Folgenabschätzungen** bei allen wirtschaftsrelevanten Gesetzen sind unerlässlich.*
- ▶ *Der Großteil der wirtschaftsrelevanten Gesetze entsteht mittlerweile in Brüssel. Die Bundesregierung muss sich daher **auf europäischer Ebene** für wirtschaftlich vernünftige Regeln mit Augenmaß sowie für einen Abbau der Bürokratielast **einsetzen**.*
- ▶ *Die „One-in-one-out“-Regelung sollte nicht nur wirksam angewandt, sondern auch erweitert werden. Sowohl die deutsche als auch die europäische „One-in-one-out“-Regelung sollten in eine **„One-in-two-out“-Regel** weiterentwickelt werden. Wirklicher Bürokratieabbau setzt voraus, dass mehr alte Regeln abgebaut werden als neue hinzukommen.*
- ▶ *Von der deutschen „One-in-one-out“-Regel sind umzusetzende EU-Regelungen und Einmalaufwände bislang ausgenommen. Das muss sich ändern. Die Bundesregierung sollte die Regel ausnahmslos auf **alle umzusetzenden europäischen Rechtsakte anwenden**.*
- ▶ ***EU-Vorschriften** sollte der deutsche Gesetzgeber eins zu eins, d.h. **ohne Zusätze oder Verschärfungen** (auch bekannt als „gold-plating“) umsetzen, um Wettbewerbsnachteile für die hiesigen Unternehmen zu verhindern.*

2. Energiepolitik neu denken: Wettbewerbsfähigkeit sichern!

Langfristige und realistische Strategien statt teurer Fehler.

Unsere Konjunkturumfrage zeigt: 43 Prozent der Industriebetriebe sehen in den Energiepreisen ein wesentliches Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung. Das ist deutlich mehr als in den sechs Jahren vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Durchschnitt. Insbesondere für die Unternehmen der energieintensiven Industrie, die am Mittleren Niederrhein von überdurchschnittlicher Bedeutung sind, lagen die Kosten je Kilowattstunde zuletzt immer noch 80 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Das hat starke Auswirkungen auf diese Branchen in unserer Region, wie eine aktuelle IHK-Studie zeigt: Die Umfrageergebnisse zeigen, dass ein Viertel der Unternehmen der energieintensiven Industrie eine Verlagerung prüfen oder durchgeführt haben. Die hohen Energiekosten sind eine Belastung für die deutsche Wirtschaft und schränken deren internationale Wettbewerbsfähigkeit ein. Langfristige Planungssicherheit bei der Energieversorgung ist eine notwendige Bedingung für ein besseres Investitionsumfeld der Industrie.



Deswegen fordern wir:

- ▶ Für eine **dauerhafte Senkung der Strompreise** muss primär das **Energieangebot** erhöht werden. Kraftwerkskapazitäten sollten *nur* dann abgeschaltet werden, wenn andere (wetterunabhängige) Leistung gesichert zur Verfügung steht. Bei der aktuellen **Kraftwerksstrategie** muss zügig nachgebessert und der Ausbau erneuerbarer Energien sowie Speicherkapazitäten weiter forciert werden.
- ▶ Neben den reinen Stromkosten belasten weiterhin staatliche Abgaben und Umlagen sowie System- und Netzkosten die Strompreise für die Wirtschaft. Dafür ist eine umfassende **Reform der „Nebenkostenstruktur“** notwendig. Insbesondere die Netzentgelte sollten gesenkt werden.
- ▶ Zentrales Steuerungsinstrument für den Klimaschutz sollte der **CO2-Preis** sein. Um die Steuerungswirkung der bestehenden Emissionshandelssysteme nicht durch eine politische Detailsteuerung zu konterkarieren, bedarf es einer konsequenten Vereinfachung und Entschlackung des ordnungsrechtlichen Rahmens.
- ▶ **Steuerliche Transformationsanreize**, wie bspw. Investitionsprämien, sind detailreichen und zugangsbeschränkten Förderungen **vorzuziehen**.
- ▶ Beim notwendigen Ausbau erneuerbarer Energie setzen Klimaziele und CO2-Bepreisung sowie sinkende Stromgestehungskosten für neue PV- und Windanlagen heute schon einen Rahmen, der eine **Förderung schrittweise überflüssig** macht.

3. Investitionen auf die Überholspur!

Vorfahrt für Ertüchtigung und Modernisierung der Infrastruktur.

Der Mittlere Niederrhein profitiert von der sehr guten überörtlichen Straßen- und Verkehrsanbindung, der Nähe zu den Niederlanden und damit zu den ZARA-Häfen sowie der Nähe zum Flughafen Düsseldorf. Diese Standortbedingungen sind der Grund dafür, dass sich in der Region zahlreich Großhändler und Logistiker angesiedelt haben. Für unsere Region ist eine allzeit gute Erreichbarkeit essenziell. Um dies auch künftig zu gewährleisten, ist es erforderlich, mehr in die Infrastruktur zu investieren. Die Sperrung maroder Rheinbrücken für den Schwerlastverkehr zeigt, dass in den vergangenen Jahren zu wenig in die Infrastruktur investiert wurde. Das muss sich ändern. Aber auch bei der Bildung, bei Strom- und digitalen Netzen gibt es einen Investitionsstau, der aufgelöst werden muss.



Deswegen fordern wir:

- ▶ Eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik erfordert neben stabilen Staatsfinanzen eine nachhaltige Wachstumsstrategie, die vor allem **Investitionen in Infrastrukturen, Bildung und Forschung** induziert.
- ▶ Wichtig ist, dass die **Umsetzung** von öffentlichen Investitionsprojekten auf allen staatlichen Ebenen wesentlich **schneller** und mit **weniger Bürokratie** erfolgt. Dazu gehören bei der Errichtung von Ersatzbauwerken (zum Beispiel bei den Neubauten maroder Rheinbrücken) auch unbedingt schlankere Plan- und Genehmigungsverfahren.
- ▶ Zins- und Tilgungslasten der öffentlichen Haushalte schmälern deutlich die Investitionsmöglichkeiten und damit die Verbesserung der wirtschaftlichen Standortbedingungen für Unternehmen. Eine **Priorisierung öffentlicher Ausgaben für mehr Investitionen** ist deshalb unerlässlich.
- ▶ Nur mit einem stabilen, nachhaltigen Wirtschaftswachstum wird eine hinreichend gute Einnahmebasis für die öffentlichen Haushalte erreicht. **Investitionen in Infrastruktur wie Straßen, Energienetze und digitale Netze** sind die Voraussetzung für das Funktionieren einer modernen Wirtschaft. Sie schaffen die physischen Grundlagen, die Unternehmen und ihre Mitarbeitenden benötigen, um produktiv zu sein und sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten.
- ▶ **Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung oder erneuerbare Energien** tragen dazu bei, Grundlagen für zukünftiges Wachstum zu schaffen.

4. Fachkräftemangel bekämpfen: Ausbildung und Anreize stärken!

Potenziale nutzen, Duale Ausbildung fördern,
Arbeitsmarkt beleben.

Trotz der tristen konjunkturellen Lage meldet die Hälfte der Betriebe am Mittleren Niederrhein, dass der Fachkräftemangel ein wesentliches Risiko für ihre kurzfristige Geschäftsentwicklung ist. Im vergangenen Jahrzehnt lag der durchschnittliche Anteil dieses Werts bei lediglich 28 Prozent und das trotz Phasen der Hochkonjunktur. Infolge des demografischen Wandels verlassen in den kommenden Jahren deutlich mehr ältere Beschäftigte den Arbeitsmarkt als junge hinzukommen. Die Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung wurden zuletzt eher geschwächt. Das Arbeitskräftepotenzial in Deutschland muss in noch größerem Umfang in Beschäftigung kommen, um Engpässe in den Betrieben zu verringern. Dazu zählt sowohl eine weitere Steigerung der Erwerbsbeteiligung als auch des Arbeitszeitvolumens.



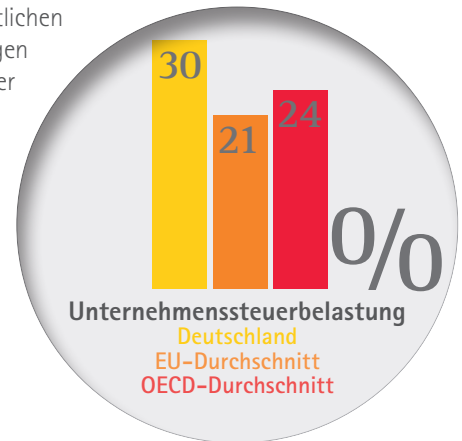
Deswegen fordern wir:

- ▶ Die **duale Berufsausbildung** muss **gestärkt** werden. Alle Schulformen, auch Gymnasien, sollten verbindlich über die Perspektiven einer dualen Ausbildung und anschließender Höherer Berufsbildung als alternativen und gleichwertigen Bildungsweg zum Studium informieren.
- ▶ Unternehmen wünschen sich verbindliche, bundesweit vereinbarte und umgesetzte Bildungsstandards sowie mehr Angebote, die das **Interesse für MINT-Berufe, ökonomische Grundlagen und das Unternehmertum stärken**.
- ▶ Die **Förderung der Erwerbstätigkeit von Eltern und Angehörigen mit Betreuungsaufgaben** ist mit Blick auf die Fachkräftesicherung in den Unternehmen essenziell. Um die Erwerbstätigkeit – auch die Selbstständigkeit – gerade von Frauen zu steigern, sollten vor allem die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern und Betriebe verbessert werden.
- ▶ Leistungsempfänger im Bürgergeld sollten gefordert werden, sich aktiv um Beschäftigungsmöglichkeiten und -fähigkeiten zu kümmern. Zudem sollten die **Beschäftigungsanreize im Bürgergeld** gestärkt werden – wozu insbesondere die Wahrung des Lohnstandsgebots zählt.
- ▶ Zur Arbeits- und Fachkräftesicherung in deutschen Unternehmen kann die **gesteuerte Zuwanderung aus dem Ausland** einen Beitrag leisten. Auf nationaler Ebene ist es wichtig, dass die gesetzlichen Regelungen in der Praxis **effizient und unbürokratisch** umgesetzt werden. Die **Verwaltungsverfahren im gesamten Zuwanderungsprozess** sollten schneller, transparenter und einfacher werden. Dabei kann die Digitalisierung einen großen Beitrag leisten. Die am Zuwanderungsprozess beteiligten Institutionen sollten mit den nötigen Ressourcen ausgestattet werden. Betriebe benötigen eine „Fast-Lane“. Es ist für die Unternehmen von großer Bedeutung, bei der Stellenbesetzung grundsätzlich auch Geflüchtete unbürokratisch berücksichtigen zu können.

5. Steuern senken, Investitionen stärken!

Ein einfacheres und wettbewerbsfreundlicheres Steuersystem für mehr Wachstum.

Die Steuerbelastung von Unternehmen gehört zu den maßgeblichen wirtschaftlichen Standortbedingungen, gerade für das exportorientierte Deutschland. Die hiesigen Unternehmen werden steuerlich deutlich stärker belastet als ihre Wettbewerber in vergleichbaren Industriestaaten. Gerade für die überdurchschnittlichen exportorientierten Unternehmen am Mittleren Niederrhein ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit von besonders großer Bedeutung, weil die Wettbewerber eben vor allem im Ausland sitzen. Wenn diese Mitbewerber eine geringe Steuerlast zu tragen haben, haben sie mehr Möglichkeiten, in die Weiterentwicklung des Betriebs zu investieren.



Deswegen fordern wir:

- ▶ Die Steuerbelastung liegt aktuell in Deutschland bei mehr als 30 Prozent. Der EU-Durchschnitt liegt bei 21,1. Der OECD-Durchschnitt bei 23,6 Prozent. Die **Belastung** sollte deshalb in Deutschland deutlich auf eine Zielgröße von etwa **25 Prozent reduziert** werden.
- ▶ Die Gewerbesteuer sollte durch eine mit Hebesatzrecht für die Gemeinden ausgestattete **kommunale Unternehmensteuer** ersetzt werden. Das ist insbesondere für unsere Region mit überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuerhebesätzen der Fall. Dabei sollte die Bemessungsgrundlage einer solchen Steuer mit der der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer übereinstimmen.
- ▶ Häufig hängen hohe Gewerbesteuerhebesätze in unserer Region mit maroden Kommunalfinanzen zusammen und belasten die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandort Mittlerer Niederrhein. Insofern kann die Gewerbesteuerbelastung in unserer Region verringert werden, wenn die **Kommunen für ihre Aufgaben ausreichende Finanzmittel** zur Verfügung gestellt bekommen. Hier ist auch der Bund gefordert, in Zukunft stärker auf das Konnexitätsprinzip zu achten. Die gesamte Finanzarchitektur der Bundesrepublik muss auf den Prüfstand gestellt werden.
- ▶ Das Steuersystem kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Investitionen der Unternehmen nachhaltig zu stärken. Die **steuerlichen Abschreibungen** sollten dauerhaft wesentlich **schneller** erfolgen. Steuerliche Abschreibungen haben den größten positiven Effekt auf Investitionen, Wachstum und Beschäftigung.
- ▶ Unternehmen sollten ihre **Verluste vollständig geltend** machen können. Eine Verrechnung mit mindestens den drei vorangegangenen Jahren sollte grundsätzlich möglich sein. Das schafft Liquidität und hilft gerade den Unternehmen, die sich zeitweise in wirtschaftlichen Schwächephasen befinden. Gleiches gilt für **Verlustvorträge**. Diese sollten vollständig mit zukünftigen Gewinnen verrechenbar sein.